

Initiativantrag
der sozialdemokratischen Abgeordneten
betreffend
den Erhalt des beitragsfreien Kindergartens in Oberösterreich

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, von bestehenden Plänen zur weiteren finanziellen Belastung von Familien mit Kindern in Kinderbetreuung abzusehen und den elternbeitragsfreien Kindergartenbesuch zumindest ab dem 30. Lebensmonat des Kindes weiterhin beizubehalten.

Begründung

Seit 1. September 2009 ist der Kindergartenbesuch in Oberösterreich für Kinder ab dem 30. Lebensmonat grundsätzlich beitragsfrei vorgesehen. Dennoch entstehen für die Familien schon jetzt Kosten für Bastelbeiträge, für Kindergartentransporte und Mittagessen im Kindergarten im Ausmaß von bis zu 100 Euro pro Monat. Vor diesem Hintergrund stellen die im Zuge der Budgeterstellung bereits mehrfach kolportierten Elternbeiträge – in welcher Höhe auch immer – eine enorme Zusatzbelastung für Familien – insbesondere für die hauptbetroffenen Mütter dar. Am stärksten droht die finanzielle Belastung einmal mehr Alleinerziehende in Oberösterreich zu treffen.

Die unterzeichneten Abgeordneten lehnen daher die finanzielle Belastung von Familien mit Kindern und insbesondere Alleinerziehenden entschieden ab. Im Effekt drohen durch eine Kindergarten-Strafsteuer sogar die bescheidenen Verbesserungen der Kinderbetreuungssituation in Oberösterreich in den vergangenen acht Jahren der Elternbeitragsfreiheit gefährdet zu werden. Öffnungszeiten laufen Gefahr reduziert zu werden, weil Eltern mit geringem Einkommen, die ohnehin bereits zum Sparen gezwungen sind, die Strafsteuer für die Nachmittagsbetreuung nicht aufbringen können. Dadurch drohen in vielen Fällen Nachmittags-Kindergartengruppen nicht zustande zu kommen. In der Folge kann das bis zur Kündigung von Kinderbetreuungs-Fachkräften führen. Zusätzlich drohen die gesellschaftlichen und beruflichen Möglichkeiten von Eltern, vor allem von Frauen, in Oberösterreich massiv reduziert zu werden.

Die Landesregierung wird von den unterzeichneten Abgeordneten daran erinnert, dass der aktuell beitragsfreie Kindergarten schon jetzt zu einem großen Ausmaß von den berufstätigen Eltern finanziert wird – im Wege der Lohn- und Mehrwertsteuer. Es ist daher schon jetzt eine

von den Bürgern finanzierte Leistung, für die Eltern nicht doppelt durch zusätzliche Strafsteuern zur Kasse gebeten werden dürfen.

Linz, am 3. November 2017

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Müllner, Bauer, Binder, Rippl, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Promberger, Punkenhofer, Krenn, Schaller